

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verkaufsstellen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Angabenpreis für die Anzeiger für das Erzgebirge und die Anzeiger für das Erzgebirge. — Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 132

Mittwoch, den 10. Juni 1925

20. Jahrgang

Einigung Chamberlain-Briand.

Sicherheitspakt auf Gegenseitigkeit.

Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, wird in Londoner amtlichen Kreisen als sicher betrachtet, daß Chamberlain und Briand in ihren privaten Unterhaltungen über das Sicherheitsproblem die noch zu regelnden Auslegungsfragen ohne Schwierigkeit lösen werden. Es besteht alle Aussicht, daß die französische Antwortnote an Berlin noch im Laufe der Woche abgehört wird. Hinsichtlich der Verhandlungen über den Pakt besteht ein weitgehender Optimismus. Die Art und Weise, mit der die Besprechungen mit Frankreich vor sich gehen, wird mit großer Verriedigung aufgenommen. Diese Art und Weise hat es ermöglicht, daß von Frankreich ein Entwurf für die Antwortnote an Deutschland ausgearbeitet worden ist, der die endgültige Billigung der britischen Regierung gefunden hat. Im übrigen geht hier die Auffassung dahin, daß die Verpflichtungen und die Garantien auf Gegenseitigkeit beruhen sollen, und daß unter allen Umständen die schuldige Partei geschützt werden soll.

Genf, 8. Juni. Die seit gestern abend umlaufenden Berichte, wonach Aussicht besteht, daß im Laufe dieser Woche eine Verständigung zwischen Frankreich und England hinsichtlich des mit Deutschland abzuschließenden Sicherheitspaktes erzielt werden würde, werden von unerrichteter englischer Seite bestätigt. Bereits für Mittwoch oder Donnerstag kann eine amtliche Mitteilung über die Einigung erwartet werden. Auf welchem Boden die Verständigung über die noch kritische Auslegung der Bestimmungen über die Entmilitarisierung der Rheinlandzone erfolgen soll, verläutet jedoch nichts, da die strengste Verschwiegenheit über die Verhandlungen zwischen Chamberlain und Briand ausreicht erhalten wird.

Die Antwort Englands an Briand.

Paris, 8. Juni. Der Vertreter der Agentur Havas in Genf ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Antwort, die Kustin Chamberlain im Namen seiner Regierung heute mittag nach Beendigung der ersten Sitzung des Völkerbundesrats Briand übermitteln hat, das endgültige Abkommen zwischen den Regierungen von Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der Deutschland auf seinen Sicherheitsvorschlag zu erteilenden Antwort darstelle. Die letzten Meinungsverschiedenheiten, die noch bestanden hätten, seien jetzt verschwunden, und es handle sich nur noch darum, gewissen Stellen der Note, über die jetzt ein Einverständnis erzielt sei, die endgültige redaktionelle Form zu geben.

Das zwischen den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Belgien erzielte Abkommen stelle den formellen Beschluß Großbritanniens fest, die Rheinlande, so wie sie der Versailler Vertrag festgelegt habe, zu verhängen und jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln, die die Rheinlande garantieren als Casus belli zu betrachten. Was die Grenzen Deutschlands betreffe, so erkläre Großbritannien ausdrücklich, daß es der Stipulation des Versailler Vertrages treu bleibe. Die durch England für die Rheinlande gegebene Garantie erstrecke sich nicht auf die Grenzen von Polen und der Tschechoslowakei. Diese Grenzen ständen unter Schutz der Völkerbundsatzung. Außerdem lasse England Frankreich alle Freiheiten, seinen Verpflichtungen allgemeiner Art die Form zu geben, die am besten den Interessen seiner Alliierten entspreche, vorausgesetzt, daß jedes Abkommen dem Geist und Buchstaben der Völkerbundsatzung entspreche. — Endlich werde im französisch-britischen Abkommen for-

derderten Betrages, der bei einem Gesamtbudget des Völkerbundes von 12 Millionen übermäßig hoch sei.

forderten Betrages, der bei einem Gesamtbudget des Völkerbundes von 12 Millionen übermäßig hoch sei.

Genf, 8. Juni. In Kreisen der französischen Delegation wird die neue englische Note über den Sicherheitspakt günstig beurteilt. Es ist nunmehr beschlossene Sache, der deutschen Regierung über ihren Vorschlag zum Abschluß eines Sicherheitspaktes eine gemeinsame Antwort zu überreichen, über deren Grundlinien, wie von französischer und englischer amtlicher Seite erklärt wird bereits die notwendige Einigkeit besteht.

Die Frage des Garantiepaktes.

Genf, 8. Juni. In Gegenwart von Chamberlain empfing heute nachmittag Briand die Presse. Er machte dabei auf die ihm gestellten Fragen im wesentlichen folgende Angaben:

Frankreich und England sind sich über die Antwort, die Frankreich Deutschland auf sein Memorandum über den Sicherheitspakt übermitteln wird, vollkommen einig. Die erzielte Verständigung habe in Genf sozusagen in der Luft gelegen. Der Text der Antwort an Deutschland ist bereits vorbereitet und von England gut geheßen. Ebenso wie England sind auch die anderen interessierten Regierungen, so insbesondere die belgische, mit der Antwort einverstanden. Es wird alles geschehen, um der Reichsregierung die Antwort bereits in den nächsten Tagen zukommen zu lassen. Die erzielte Verständigung kann nach seiner Meinung zu einem praktischen Ergebnis führen. Die Darlegungen in der französischen Antwort sind so loyal, weitgehend und freimütig, daß es Deutschland möglich sein wird, auf Grund der vorliegenden Einigung zu einer greifbaren Lösung zu kommen.

Am die Aeußerung Briands knüpfte Chamberlain die Erklärung, daß er sich der Erklärung des französischen Außenministers nach Wort und Inhalt anschließe. Die erzielte Verständigung biete die Grundlage zu einem außerordentlich festgesetzten Friedenswerk.

Die Frage, ob dem Völkerbund in diesem Friedenswerk eine besondere Rolle zugewiesen sei, besahe dann Briand, wobei er an die wiederholte Erklärung Deutschlands über seine Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerbund erinnerte. Er rechne damit, daß mit der neuen Note die deutsche Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerbund weiter gestärkt werde.

Auch Italien, Polen und die Tschechoslowakei seien an der Antwort stark interessiert, da es sich dabei um ein allgemeines Friedenswerk handle, das im Grunde genommen eine Ergänzung eines Teiles des Friedensvertrages darstelle. Die Grundlage der Verständigung sei durch den Friedensvertrag gegeben; aber man müsse die gegebenen Verhältnisse so betrachten, daß sie die Aussicht und die Möglichkeit zur Bewerkstelligung dieses Friedenswerkes geben. Deutschland habe zweifellos ein Interesse daran, daß dieses Friedenswerk zustande komme

15000 Deutsche kämpfen in Marokko.

Auf sonnenbeschulmtem Boden Nordafrikas spielt sich ein blutiges Drama ab. Mit fanatischer Hingabe kämpfen 20 Millionen Rifleute um ihre Unabhängigkeit. Kaum glaublich ist es, daß wilde Volkstämme zwei mit den modernsten Mitteln ausgerüsteten Armeen widerstehen können. Zu Hilfe kommt ihnen die Unbegreiflichkeit und das Klima ihrer Heimat. Beispiellost ist die Tapferkeit, mit der sich die Eingeborenen schlagen. Die französischen Militärs suchen natürlich noch nach anderen Gründen, die es der „grande nation“ schwer machen, den Sieg zu erringen. So erfand man das Märchen von den Deutschen, die auf Seiten der Aufständischen kämpfen. Daß es gerade umgekehrt ist, wissen die Franzosen sehr wohl, aber alles, was dem Imperialismus Frankreichs stört, kommt bekanntlich von den Deutschen. Deutschland trägt die Schuld am Frankensurz, warum soll es nun in Marokko nicht der schuldige Teil sein?

In vorderster Linie der französischen Marokkofront stehen die Fremdenlegionäre, und nach neuen Feststellungen beträgt die Zahl der Deutschen, die sich darunter befinden, etwa 15 000.

15 000 Deutsche stehen im Kampfe gegen Abd-el-Arim, kämpfen für das glorreiche Frankreich, verbluten und verdursten auf afrikanischem Sande unter dem gallischen Hahn.

Wie sind die Leute dazu gekommen, wird sich mancher fragen. Warum verlassen sie das Vaterland, warum begaben sie sich als Sklaven in feindliche Knechtschaft? Der Zusammenbruch unseres Heeres warf Tausende auf die Straße. Die Inflation nahm ihnen den letzten Bissen. Viele befanden sich darunter, die keinen Beruf hatten, die nichts gelernt hatten. In vier Jahren Krieg waren sie alt geworden. Nun standen sie auf der Straße. Gelernte Soldaten — Landsknechte! Der Artikel 179 des Friedensvertrages verbot jedem Deutschen den Eintritt in eine fremde Heeresmacht. Unberührt von diesem Verbot blieb der Eintritt in die französische Fremdenlegion. Dahin wanderten sie nun, die deutschen Landsknechte. — Andere fielen in die geschickte gestellten Reize der Unverber. — Das besetzte Rheinland bot ja das schönste Rekrutierungskantonement!

Fern der Heimat stehen sie heute in schwerem Feuer. Kämpfen für Frankreich — verbluten und verdursten.

Keine Unruhen in Bulgarien!

Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin teilt dem V.D.B. mit, daß die Gerüchte über neue Unruhen aus der Luft gegriffen sind. In Sofia, sowie im ganzen Königreich herrscht Ruhe. Daß kein Anlaß zur Beunruhigung vorliegt, ist daraus ersichtlich, daß der Belagerungszustand schon bedeutend gemildert worden ist.

Unruhen auf Samos.

Zu den Zeitungsmeldungen über Unruhen auf der Insel Samos teilt die Athener Telegraphen-Agentur u. a. mit: Es handelt sich um den Einfall einer Bande, die von den beiden Brüdern Taha angeführt wurde, die bereits wiederholt wegen Mordes und Raubes verurteilt worden sind. Die beiden Brüder wurden von Gefangenen, die sie in Freiheit gesetzt hatten, und ihren Anhängern unterstützt, im ganzen 400 Personen. Die Bande setzte sich in den Besitz von öffentlichen Gebäuden in der Hafenstadt Patih, dem Hauptort der Insel, betrieb die Beamten und raubte Staatsgelder in Höhe von ungefähr 500 000 Drachmen. Die wenigen Gendarmen wurden während des Schlafes überrascht und entwaffnet. Die Regierung hat sofort nach Bekanntwerden der Vorkommnisse ausreichende Unterstützung unter dem Schutz eines Jersörvros entsandt. Ueber die gesamte Insel ist der Belagerungszustand verhängt worden. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Flucht der Bandenführer zu verhindern und ihre Forderung Befragung zu sichern. Die Bevölkerung von Samos steht den Aufständischen vollkommen feindselig gegenüber.

Der Terror in China.

Kanton, 8. Juni. (Meuter.) Die Pannan-Deute errichteten Barrikaden längs des Kais und stehen vor den Barrikaden der Kantonleute in Honan. Der Kampf begann gestern nachmittag. Alle Kanonensätze der Kantonleute dampften den Fluß aufwärts in die Gegend der ausländischen Konzessionen in Schamoen und feuerten auf die Kantonleute. Später führten sie an Schamoen vorbei, beschossen jedoch die Niederlassungen der ausländischen Konzessionen nicht. Weiterseits des Flußes wurde mit Maschinengewehren und Geschützen ge-

Das Vermögen des Völkerbundes.

Neun Millionen Goldfranken.

Genf, 8. Juni. Ein heute vormittag vom Völkerbundsrat genehmigter Bericht bezeichnet die Finanzlage des Völkerbundes als zufriedenstellend. Infolge pünktlicher Zahlung der Beiträge und des nachträglichen Eintrags rückständiger Beitragsleistungen verfügte der Völkerbund Ende 1924 über rund 9 Millionen Goldfranken. Die Beitragsleistungen, die bereits für das laufende Rechnungsjahr herabgesetzt worden sind, sollen für 1926 noch weiter herabgesetzt werden. Vor Genehmigung des Voranschlags für 1926 beanstandete Chamberlain die Höhe des für die Hygienekommission ange-

forderten Betrages, der bei einem Gesamtbudget des Völkerbundes von 12 Millionen übermäßig hoch sei.

Zu der Frage, ob internationale Verträge, die zwischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes und Mandatsgebieten geschlossen werden, auch für die Mandatsgebiete B und C, also für die deutschen Kolonien gültig sein sollen, hat der Rat beschlossen, die bei den Mandatsmächten eingeholten Gutachten an die ständige Mandatskommission weiterzuleiten, die im Herbst 1923 die Prüfung dieser Fragen angeregt hatte. Die Mandatskommission ist gleichzeitig beauftragt, zu untersuchen, ob sie an Hand dieser Gutachten ihre damals ausgesprochenen Empfehlungen zugunsten der Anwendbarkeit dieser zwischenstaatlichen Verträge auf die gesamten Mandatsgebiete in einzelnen Punkten abändern soll.